

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Bauausschusses
von Dienstag, den 08.04.2014,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	14:45 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 14:50 Uhr bis 15:50 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Marion Becker
Herr Karlheinz Bein
Herr Helmut Demel
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Bruno Fischer
Herr Reinhold Köhler
Herr Edwin Lieb
Herr Otto Schmedding
Herr Manfred Schüßler
Herr Hermann Spinnler

Stellv. Ausschussmitglied

Herr Hermann-Josef Eck

Kreistagsmitglied zur Kenntnis

Herr Jens Marco Scherf Gast

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Günther Oettinger
Herr Peter Schmitt

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Wosnik, UB 5
Frau Wagner, Schriftführerin

Tagesordnung:

- 1 Parkplatz Obernburg Nord;
Sachstandsbericht
- 2 Teilnahme Landkreis Miltenberg an Ökoprotit;
Sachstandsbericht und Entscheidung über die Zustimmung zur Teilnahme der Schulen
- 3 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

**Parkplatz Obernburg Nord;
Sachstandsbericht**

Herr Wosnik erläutert, per E-Mail vom 23. Oktober 2013 wurde vom Ordnungsamt der Stadt Obernburg, bezugnehmend auf eine Anfrage der Aktiven Liste, mitgeteilt, dass sich die Parkplatzsituation um die Berufsschule Obernburg zurzeit deutlich verschlechtert hat.

Der Vorgang wurde an die Abteilung 1 und den Unternehmensbereich 5 zur Bearbeitung weitergeleitet.

Der UB 5 hat daraufhin einen Besprechungstermin mit der Stadt Obernburg wahrgenommen. In diesem Termin wurde die Situation erörtert:

Infolge der laufenden Baumaßnahmen, Sanierung der Realschule Obernburg und Neubau des Kindergartens der Stadt Obernburg, ist das Parkplatzangebot temporär deutlich zurückgegangen. Aus Sicht der Stadt hat sich die Lage drastisch verschärft. Zusätzlich zur Einschränkung des Angebotes wurde auch die zunehmende Zahl der PKW, sowohl auf Seiten der Anwohner als auch auf der Seite der Schüler, genannt.

Es wurde seitens der Anwohner dargestellt, dass Schüler der weiterführenden Schulen (FOS, BOS, Berufsschule) teilweise im Bereich vor Hofeinfahrten von Anwohnern, an Einmündungen im Fünf-Meter-Bereich und an engen Straßenstellen parken. Der Unmut der Anwohner hat dazu geführt, dass fast täglich Beschwerden bei der Verwaltung eingingen, die Stadt solle Abhilfe schaffen.

Auch die Aktive Liste hat in einem Antrag die Verwaltung der Stadt aufgefordert, ein Gespräch mit dem Landratsamt zu führen und Möglichkeiten zu suchen, um die Parksituation zu entschärfen.

Der UB 5 hat daraufhin zunächst die Sachlage untersucht. Es ist festzustellen, dass die in den jeweiligen Baugenehmigungen geforderten Parkplätze für die Schulen nachgewiesen sind. Hierzu folgende Übersicht:

	Bedarf aus Baugenehmigung	nachgewiesen
BSO	BG. 1979: 35	auf eigenem Gelände: 37
FOS	BG. 1979 zusätzlich: 5	
		auf städtischem Gelände: 30
		am Kreisel: 35
RSO	BG. 2013: 27	auf eigenem Gelände: 27
	Summe: 67	Summe: 129

Auf Vorschlag der Stadt Obernburg fand am 27.11.2013 ein Gespräch mit der Firmenleitung des Unternehmens Spilger statt. Anlass war der Vorschlag der Stadt, die Parkplätze des Unternehmens, teilweise in den Morgenstunden, den Schülern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das Kreisbauamt hatte den Vorschlag der Stadt zuvor mit der Bauaufsicht in bauordnungsrechtlich Hinsicht geklärt.

In dem Termin zeigte sich die Firma nur bedingt mit diesem Vorgehen einverstanden.

Im Weiteren fand eine Besprechung mit dem Landrat zur Thematik statt.

Darüber hinaus hat der UB 5 eine Abfrage in der Berufsschule zum tatsächlichen Bedarf an Stellplätzen angestoßen. Die Ergebnisse liegen zurzeit noch nicht vor.

Die Position des Landkreises stellt sich folgend dar:

Für die Sanierung der Realschule gilt, dass nach der Sanierung die Anzahl der Klassenzimmer und Schüler geringer sein wird als vor der Sanierung. Zudem werden durch die Baumaßnahme zusätzliche 5 Stellplätze geschaffen.

Der Landkreis hat über den bauordnungsrechtlichen Bedarf hinaus Stellplätze geschaffen bzw. sich finanziell an der Schaffung von Stellplätzen beteiligt.

Die Stadt Obernburg profitiert aus Sicht des Landkreises in vielfacher Hinsicht vom Schulzentrum in Obernburg. Aus der Funktion als Mittelzentrum erwachsen der Stadt dabei auch Pflichten.

Darüber hinaus sieht der Landkreis keine Veranlassung, weitere Stellplätze zu schaffen. Nach Vorliegen der durch die Bedarfsabfrage ermittelten, über die vorhandenen Stellplätze hinausgehenden Stellplatzbedarfs, soll die Stadt aufgefordert werden, diesen bei der Einführung eines Anwohnerparkens zu berücksichtigen. Dies soll in Abstimmung mit dem Landkreis, UB 5, erfolgen.

Landrat Schwing fügt hinzu, zum jetzigen Zeitpunkt sollte man nichts unternehmen, zumal man die gesetzlich vorgeschriebene Stellplatzzahl doppelt erfüllt habe. Sollte sich etwas ergeben, müsse man natürlich darüber reden, das habe man in anderen Fällen auch getan. Momentan sei die Situation ähnlich wie überall in solche Einrichtungen, natürlich habe man in Obernburg durch die Lage mitten im Wohngebiet eine etwas kritischere Situation. Früher habe die Schule freier gestanden, mittlerweile sei nah gebaut. Statt Sanierung wäre die einzige Alternative gewesen, ein anderes Grundstück zu suchen und die Schule neu zu bauen. Dies hätte man in der kurzen Zeit kaum geschafft und in der Region sei es schwierig, ein geeignetes Grundstück zu finden (Anbindung an ÖPNV etc.).

Kreisrat Fischer bemerkt, Landrat Schwing und Herr Wosnik haben grundsätzlich Recht, aber die Mobilisierung habe die Stadt Obernburg eingeholt. Die Straße habe auf der einen Seite einen Gehsteig und auch der anderen Seite keine Möglichkeit Parkplätze zu schaffen, durch den Bau des Kindergartens und die dort stehenden Container werden ebenfalls Parkplätze weggenommen. Die Schüler, die mit Autos kommen, werden immer mehr. Viele seien nicht bereit, ein paar Meter mehr zu laufen und wollen möglichst nahe parken. Aber es gebe noch zwei oder drei Bauplätze – vielleicht sollte man doch gemeinsam mit der Stadt Obernburg versuchen, diese Plätze zu kaufen und Parkplätze zu schaffen.

Das Automobil habe mittlerweile alle erreicht, auch die Schulen, bemerkt Landrat Schwing. Insbesondere natürlich die Schulen, in denen die Schüler das entsprechende Alter haben, bei den Gymnasien sei das teilweise auch so. Aber es werde sich ja in der Stadt Obernburg etwas ändern, der Kindergarten werde eingeweiht und dann kommen die Container dort wieder weg, so dass die Parkplätze wieder verfügbar sind. Mittelfristig verweist er auch auf die demografische Entwicklung und die leider abnehmende Schülerzahl.

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

**Teilnahme Landkreis Miltenberg an Ökoprofit;
Sachstandsbericht und Entscheidung über die Zustimmung zur Teilnahme der
Schulen**

Herr Wosnik stellt kurz das Projekt vor:

ÖKOPROFIT an Schulen ist ein Netzwerkprojekt. Das Projekt gliedert sich in zwei inhaltliche Schwerpunkte:

1. Umwelt am Gebäude: Energetische Optimierung, Abfallmaßnahmen, Wassereinsparung
2. Umweltpädagogik: Projektentwicklung zur Motivation der Schüler und Lehrer

Integration des Themas Umwelt in alltägliche Abläufe und den Unterricht, Bewusstsein für umweltrelevante Problemstellungen schaffen.

Die Teilnehmer treffen sich bei regelmäßig durchgeführten gemeinsamen Workshops, bei welchen sie zu umweltrelevanten Themen geschult werden und Erfahrungen austauschen können.

Zusätzlich wird mit jedem Teilnehmer eine begleitende Einzelberatung durchgeführt.

Das Projekt läuft über drei Jahre.

Am 07.02.2014 fand im Schulzentrum Hösbach die Abschlussveranstaltung zum Ökoprofit-Projekt des Landkreises Aschaffenburg und der Stadt Aschaffenburg statt.

Im Vorfeld dieses Termins fand zudem ein Informationsgespräch mit Herrn Seibel, ZENTEC, Vertretern des Landkreises Aschaffenburg und der Stadt Aschaffenburg, die zu ihren Erfahrungen mit Ökoprofit berichtet haben. Zudem war Frau Braun, die Projektleitung der Fa. Arqum, die das Projekt begleitet hat, zugegen.

Gegenstand der Besprechung war eine Fortführung des Ökoprofit-Projektes unter Beteiligung des Landkreises Miltenberg.

Insgesamt haben im Landkreis und der Stadt Aschaffenburg 10 Schulen teilgenommen. Das Echo der Schulen und die Einschätzung des Landrates und des Oberbürgermeisters waren sehr positiv.

Der UB 5 hat daraufhin die im Landkreis für das Projekt infrage kommenden Schulen angesprochen. Eine Rückmeldung der angefragten Schulen zur Teilnahme steht noch aus (eine Schule habe sich bisher positiv zurückgemeldet), aus diesem Grunde kann über die entstehenden Kosten und die erforderliche Kostenübernahme durch den Landkreis noch nicht beraten werden.

Der zeitliche Aufwand für die Schule besteht zum einen in der Wahrnehmung von insgesamt 14 Terminen in drei Jahren und zum anderen in der eigentlichen Projektarbeit, die momentan schwer abzuschätzen ist. Das Projekt wird organisatorisch und fachlich durch die Firma Arqum unterstützt.

Der zeitliche Aufwand für die Verwaltung ist schwer abzuschätzen, kann jedoch nur mit Mühe im Bereich der Sachbearbeiter (für bauliche Informationen zu den Gebäuden) erbracht werden. Hier ist der UB 5 durch das Schulprogramm, das Kompetenzzentrum etc. sehr ausgelastet. Im Bereich Energieberatung (Verbrauch, Möglichkeiten etc.) sind durch Herrn Breunig gute Kapazitäten vorhanden.

Der finanzielle Aufwand für den Landkreis stellt sich folgend dar:

- **Eigenanteil** pro Schule und Jahr: 1.225 € (zzgl. MwSt.) Die gesamten Kosten über die Laufzeit von drei Jahren belaufen sich auf 10.500 €. Dies entspricht, bei einem Fördersatz von 65 %, einem Betrag von 3.675 € je teilnehmender Schule für die Laufzeit von drei Jahren.
Diese Kosten wären vom Sachaufwandsträger zu tragen. Die Kosten können in den nächsten Haushalt eingestellt werden. Für 2014 können die anteiligen Kosten aus dem Bauunterhaltsbudget erbracht werden. Ein Projektstart in diesem Schuljahr ist sinnvoll.
- **Aktivitätsprämie:** Die Schulen sollen über ein sogenanntes Aktivitätsprämiensystem zusätzlich gefördert werden. Dies ist im vergangenen Projekt über die Ausschüttung einer Prämie von 4 € pro Schüler der teilnehmenden Schule durch den Landkreis

Aschaffenburg erfolgt. Vor Projektbeginn muss hierzu erneut eine Entscheidung getroffen werden, wie hoch die Aktivitätsprämie gesetzt werden soll. Auch diese Kosten wären vom Sachaufwandsträger zu tragen und müssten in den nächsten Haushalt eingestellt werden.

Der UB 5 spricht sich für eine Beteiligung der landkreiseigenen Schulen aus.

Um die 65%ige Förderung zu erhalten, muss bis 30. April 2014 ein Antrag gestellt werden. Hierfür wird ein Beschluss des Bauausschusses mit der Zustimmung zu einer Projektteilnahme der ausgewählten Schule/n und Kostenübernahme der notwendigen Kosten benötigt.

Auf Rückfrage von Kreisrätin Becker zur Auswahl der Schulen erklärt Herr Wosnik, man habe die Schulen ausgewählt, die sinnvoll erschienen. Gerade laufenden Generalsanierungen wolle man auch erst einmal sauber anlaufen lassen. Auch das Schulzentrum Elsenfeld beispielsweise habe ja gerade eine Sanierung hinter sich.

Landrat Schwing erklärt, man schaffe es organisatorisch und personell nicht, alle Schulen zu bedienen. Man sollte 3-4 Schulen finden, die das freiwillig machen, aus eigenem Antrieb. Aber man bleibe dran und könne jederzeit weitere Projekte anschließen in den nächsten Jahren.

Herr Wosnik ergänzt, die ZENTEC GmbH habe auch alle Grund- und Mittelschulen angesprochen.

Kreisrat Spinnler hält die Sache auch für sinnvoll und fragt, für was die Schulen die Prämie verwenden können.

Herr Wosnik antwortet, bisher sei diese Prämie nicht zweckgebunden gewesen und die Schulen konnten selbst bestimmen, was sie damit tun. Dies sei aber Verhandlungssache. An der Realschule in Miltenberg habe man im vergangenen Jahr ein kleines Projekt gehabt, als Prämie für die teilnehmenden Schüler habe man in diesem Fall eine Reise zur Experimenta vorgeschlagen. So etwas könne man auch machen.

Landrat Schwing fügt hinzu, darüber könne der Bauausschuss dann noch entscheiden, ob und in welchem Umfang man so etwas mache.

Auf Rückfrage von Kreisrat Schmedding zur Einbeziehung der Schüler oder einzelner Klassen erklärt Herr Wosnik, zuerst erfolge eine Bestandsaufnahme durch die Fa. Arqum statt, dafür müsse der UB 5 Bestands- und Energiedaten liefern. Dann suche man gemeinsam mit den Schulen sinnvolle Projekte, dabei könne es ein dehnbarer Rahmen sein, das sei projektabhängig.

Auf Vorschlag von Kreisrat Schüßler, die Anzahl der Schulen zu deckeln, bemerkt Landrat Schwing, so viele Schulen kommen nicht in Frage, er glaube nicht, dass es ein Problem werde. Man werde eher Mühe haben entsprechend Schulen zusammenzubekommen.

Der Bauausschuss fasst einstimmig den

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt, der Teilnahme von landkreiseigenen Schulen am Ökoprofit-Projekt zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 3:
Anfragen

Sachstand der aktuellen Baustellen:

Herr Wosnik berichtet, die großen investiven Baumaßnahmen – die Realschule Obernburg und das Kompetenzzentrum Miltenberg – laufen beide in finanzieller, terminlicher und qualitativer Hinsicht sehr gut.

Finanziell besonders gut laufe die Realschule Obernburg, dort habe man sich die finanziellen Ressourcen geschaffen, auch über einen Ersatz des momentanen Mehrzweckgebäudes durch einen Neubau sprechen zu können. Man habe dies auch in die Planung übernommen. Man könne es innerhalb des Bauvolumens leisten.

Beim Kompetenzzentrum sei es in Bezug auf die nachgebesserten Kosten ebenfalls so (er verweist auf den vorletzten Bauausschuss und den Planerwechsel), dass die nachgerechneten und beantragten Kosten wohl gehalten werden.

Zeitlich seien beide Schulen im grünen Bereich, man habe geringe, aber vorhandenen Puffer.

Landrat Schwing bemerkt, wie wichtig das sei, denn man sei abhängig von verschiedenen Faktoren: In Obernburg müsse der nächste Bauabschnitt noch in den Ferien begonnen werden und in Miltenberg kommen die Schüler erstmals aus Aschaffenburg.

Herr Wosnik führt weiter aus, bei den beiden im Schulbauprogramm, Vorberatung und Bauung befindlichen Schulen habe man die Planer ausgeschrieben. Bei beiden Projekten habe es auch schon die ersten Planungen gegeben. Beim HSG bespreche man momentan Variante 9, immer in Zusammenarbeit mit der Schule. In zweiwöchigen Abständen finden Planer-Jour-Fixe statt, an denen auch die Schule vertreten ist. Dies funktioniere an beiden Schulen sehr gut. Die ersten Ergebnisse stimmen optimistisch. Beim HSG sei es so, dass man im genehmigten Raumprogramm durch die Regierung einen Flächenüberhang hatte, so dass man über Erweiterungsbaukörper reden müsse. Beim Gymnasium in Miltenberg sei es so, dass man das Gebäudevolumen wohl optimiere, also bestehende Innenhöfe (ähnlich Realschule Obernburg) energetisch mit Überdachungen optimiere und die geschaffenen Flächen entsprechend nutze. Das seien bisher noch Entwurfsvorstudien, parallel immer von den Planern mit Kosten hinterlegt.

Bei beiden Projekten seien zusätzlich zum Architekten von der ersten Stunde an die Fachplaner (Haustechnik) und ein Berater für die Lebenszykluskosten dabei gewesen. Diese Zusammenarbeit funktioniere auch sehr gut und man sei nun dabei, energetische Konzepte zu erarbeiten. Im Rahmen dieser Untersuchungen sei natürlich auch die Energieversorgung für das JBG thematisiert worden. Hier gehe es um die Klärung, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Schule ganz oder teilweise mit Abwärme aus der umliegenden Industrie zu beheizen. Diesbezüglich habe am morgen ein Besprechungstermin stattgefunden, nachdem man sich lange darum bemüht hatte. Von Seiten der FRIPA bestehe generelle Bereitschaft, die Sache tiefergehend zu untersuchen. Allerdings bleibe die Untersuchungslast beim Landkreis. Man werde nun mit den Planern tiefer einsteigen, letztendlich gilt es zu klären, ob die vorhandene Wärme auf einem nutzbaren Level sei für die Nutzung in einem Nahwärmenetz. Momentan sehe es eher so aus, als sei dies nicht der Fall.

Landrat Schwing fügt hinzu, man sei sehr dankbar, dass sich die FRIPA die Zeit genommen habe, denn man sehe ja, dass die Firma mit Arbeit ausgelastet sei. Daher habe er sich selbst auch eingeschaltet. In den nächsten Monaten brauche man Entscheidungen, denn die Planungen laufen jetzt an. Wenn man etwas machen wolle, sei jetzt genau der richtige Zeitpunkt. Dazu brauche man dann natürlich auch die Stadt Miltenberg und die Stadtwerke/emb. Es hänge also viel daran und es müsse noch viel Arbeit geleistet werden. Grundproblem sei, ob überhaupt genug Energiemengen vorhanden seien, das ganze Jahr über. Ganz so einfach sei es also nicht. Man müsse auch bedenken, dass der Gesetzgeber theoretisch sehr

schnell eine Änderung vornehmen könne. Man habe es nun auf den Weg gebracht, ob der Weg erfolgreich sein werde, das stehe noch in den Sternen.

Kreisrat Schüßler bittet darum, Wert auf eine sorgfältige Prüfung der ganzjährigen Sicherung zu legen. Auch wenn die FRIPA aktuell sehr gut ausgelastet sei, könne sich das ändern.

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin